Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 13/1899 (1901)

Artikel: Fortbildungsschulwesen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-13491

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Art. 7. Les auteurs, éditeurs, fabricants qui veulent exposer des livres ou du matériel scolaire devront en adresser un exemplaire à la direction de l'exposition.

Art. 8. Le catalogue détaillé des objets composant l'exposition devra être constamment tenu à jour.

Art. 9. L'exposition scolaire peut à titre consultatif, mettre un certain nombre de nouveautés (volumes, cartes, projections et objets divers) à la disposition des commissions scolaires et du corps enseignant. L'indication de ces objets sera publiée dans le bulletin.

Art. 10. Le présent règlement abroge celui du 30 novembre 1886.

III. Fortbildungsschulwesen.

30. 1. Vollziehungsbestimmungen[1]) betreffend die Bürgerschule des Kantons Zug. (Vom 30. September 1899.)

Der Regierungsrat, in Vollziehung der §§ 25—30 des Schulgesetzes vom 7. November 1898, auf Antrag des Erziehungsrates,

verordnet:

§ 1. Alljährlich hat das Zivilstandsamt in Verbindung mit dem Verwalter der Schriftenkontrolle dem Präsidenten der Gemeindeschulkommission bis spätestens zum 10. Oktober ein Verzeichnis einzureichen von allen in der Gemeinde anwesenden Jünglingen schweizerischer Nationalität, welche bis zum darauffolgenden 31. Dezember das 17. Altersjahr zurückgelegt und das 19. Jahr noch nicht vollendet haben.

Hinsichtlich derjenigen jungen Leute der betreffenden Altersjahre, die inzwischen in eine Gemeinde einziehen oder dahin zurückkehren, haben die gemeindlichen Kontrollbehörden jeweilen unverzüglich, nachdem sie hievon Kenntnis erhalten haben, dem Präsidenten der Schulkommission Anzeige zu machen, der dann sofort die Einweisung der jungen Leute in die entsprechende Abteilung der Bürgerschule anordnet, sofern nicht Dispensation im Sinne der unten folgenden Vorschriften eintreten kann.

§ 2. Die sämtlichen in § 1 bezeichneten jungen Leute sind jeweilen von der Erziehungsdirektion durch das Amtsblatt auf den zweiten Donnerstag im Oktober, nachmittags 2 Uhr, zur Einschreibung ins betreffende Schulhaus einzuberufen.

Mit dieser Einberufung ist die Weisung zu verbinden, dass diejenigen Stellungspflichtigen, welche sich vom Besuch der Bürgerschule dispensiren lassen möchten, die Ausweise, auf welche hin Dispensation nachgesucht wird, mitzubringen haben.

§ 3. Die Einschreibung hat in Anwesenheit der Schulkommission zu erfolgen, welche die Dispensgesuche unmittelbar nachher prüfen und in erster Instanz darüber sofort entscheiden wird.

Notorisch nicht bildungsfähige junge Leute, z. B. Idioten, werden ohne weiteres entlassen.

Ehemalige Sekundarschüler, auch wenn sie eine zweikursige Sekundarschule vollständig absolvirt haben, und ebenso ehemalige Schüler höherer Lehranstalten sind nur dann zum voraus zu dispensiren, wenn sie sich darüber ausweisen, dass sie in ihrem letzten Zeugnis im Lesen und Aufsatz, im Rechnen und in einfacher Buchführung, sowie in der Vaterlands- und Verfassungskunde keine geringere als die 2. Note erhalten haben.

[1]) Gesetzessammlung Jahrbuch 1898, Beilage 1, pag. 35—36, §§ 25—30.

Haben sie aber in diesen Fächern seiner Zeit geringere Noten erhalten, so können sie auf Grund einer nach § 26, Al. 3, Ziff. 2 des Schulgesetzes ihnen abzunehmenden Prüfung Dispensation vom Besuch der Bürgerschule erwirken.

Eine gleiche Befugnis steht auch ehemaligen Fortbildungsschülern zu.

§ 4. Ist eine solche Prüfung abzunehmen, so hat das Ortsschulpräsidium das kantonale Schulinspektorat sofort hievon in Kenntnis zu setzen.

Die Prüfung hat bis zum 10. November stattzufinden. Sie wird im Einverständnis mit dem Ortsschulpräsidium durch das kantonale Schulinspektorat angesetzt.

Das letztere nimmt sodann in Anwesenheit einer Vertretung der Gemeindeschulkommission die Prüfung ab und entscheidet über das Gesuch.

§ 5. Der regelmässige Unterricht von wöchentlich 3 Stunden ist in der ersten ganzen Woche des Novembers durch den Gemeindeschulpräsidenten mit Vorlesung der einschlägigen Schulvorschriften und der Disziplinarverordnung zu eröffnen. In der letzten Woche des März ist die Schule mit einer Prüfung durch die Gemeindeschulkommission zu schliessen.

Die Disziplinarverordnung ist im Schullokale anzuschlagen und überdies jedem Schüler beim Eintritt ein Exemplar zu verabfolgen.

§ 6. Die Schulkommission bestimmt den Tag und die 3 Stunden für die Bürgerschule. Die Schule ist an Werktagen und in der Regel zur Tageszeit zu halten.

Will dieselbe ausnahmsweise auf den Abend verlegt werden, so hat die Schulkommission hiefür rechtzeitig die Bewilligung der Erziehungsdirektion, bezw. des Erziehungsrates einzuholen.

Die eventuelle Bewilligung wird an die Bedingung geknüpft, dass die Abendschule nicht über 9 Uhr ausgedehnt, je auf 2 Abende in der Woche und überdies nicht auf Vorabende von Sonn- oder Feiertagen verlegt werde.

§ 7. Die Schultage und der vom Lehrer festzusetzende Stundenplan sind, letzterer im Doppel gefertigt, baldmöglichst der Erziehungsratskanzlei zu handen des kant. Schulinspektorates mitzuteilen.

§ 8. Die Vorschläge für die Wahl der Lehrer an der Bürgerschule sind jeweilen spätestens auf den 1. Oktober dem Erziehungsrate einzureichen.

Die Einwohnerräte haben den Schulkommissionen rechtzeitig Gelegenheit zu geben, sich hierüber gutachtlich zu äussern.

Hinsichtlich der Schulführung hat sich der Lehrer an die Schulvorschriften im allgemeinen und an die vom Erziehungsrate noch besonders aufgestellten Erlasse (Disziplinarverordnung, Lehrplan) zu halten.

Nach § 28 des Schulgesetzes gilt als Regel, dass die Anstellung von mehr als einem Lehrer für eine Gemeinde statthaft ist beim Vorhandensein von 30 Schülern, die gleichzeitig Unterricht erhalten sollen. Bei ausnahmsweisen Verhältnissen kann hievon mit Zustimmung der Erziehungsdirektion, bezw. des Erziehungsrates abgegangen und die Wahl mehrerer Lehrer gestattet werden.

§ 9. Die Schulkommission hat die Bürgerschule wenigstens alle Monate einmal durch ein Mitglied besuchen zu lassen und die Absenzen strenge zu kontrolliren.

Im übrigen unterstehen die Bürgerschulen der gleichen gemeindlichen und kantonalen Aufsicht und Kontrolle wie die übrigen Gemeindeschulen.

§ 10. Die Schulkommissionen haben alle Jahre bis zum 1. Mai dem kantonalen Schulinspektorate zu handen des Erziehungsrates über die Bürgerschule Bericht zu erstatten.

Für die Berichterstattung wird der Erziehungsrat eigene Formulare aufstellen.

§ 11. Unmittelbar vor der eidg. pädagogischen Prüfung haben die zu selber einberufenen jungen Leute einen dreitägigen Wiederholungskurs zu bestehen.

Für denselben trifft die Erziehungsdirektion in Verbindung mit der Militärdirektion und unter Beobachtung nachfolgender Bestimmungen jedes Jahr die erforderlichen Anordnungen. Die Direktionen setzen sich auch mit dem Einwohnerrate von Zug hinsichtlich Beschaffung der nötigen Lokalitäten in angemessene Beziehung.

§ 12. Je am dritten Werktage vor dem für die eidg. pädagogische Prüfung bestimmten Tage sind die nach § 27 des Schulgesetzes zum Besuche des Wiederholungskurses verhaltenen jungen Leute zum Bestehen derselben einzuberufen.

Der Unterricht wird von der Lehrerschaft der betreffenden Gemeinde erteilt.

Die von den genannten Direktionen vereinbarten Anordnungen für den Wiederholungskurs (Ort und Zeit des Einrückens, Schulzeit, Disziplin, Verpflegung, Behandlung der Absenzen etc.) hat die Erziehungsdirektion jeweilen rechtzeitig im Amtsblatte zu veröffentlichen.

§ 13. Jeder Lehrer teilt seine Schüler in zwei Abteilungen, um sie abwechslungsweise mündlich oder schriftlich zu beschäftigen.

Das Schulbuch haben die Schüler von Hause mitzubringen. Die übrigen Lehrmittel und die Schreibmaterialien liefert das kantonale Lehrmitteldepot.

Eine Abordnung des Erziehungsrates wird den Unterricht überwachen.

§ 14. Fällt ein Sonn- oder Feiertag zwischen die für den Wiederholungskurs bestimmten 3 Werktage, so sollen Lehrer und Schüler abends vorher um 6 Uhr entlassen werden und sich am nächstfolgenden Werktag zur bestimmten Zeit wieder am angewiesenen Versammlungsorte einfinden, ebenso wenn vor dem Tage der Rekrutenprüfung ein Sonn- oder Feiertag einfällt.

§ 15. Lehrer und Schüler erhalten freie Beköstigung in der Kaserne. Die Lehrer beziehen nebstdem ein Taggeld von Fr. 5.

§ 16. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Dieselbe ist im Amtsblatte zu veröffentlichen und in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

---

31. 2. Disziplinarverordnung für die Bürgerschule des Kantons Zug. (Vom 19. Oktober 1899.)

Der Erziehungsrat beschliesst:

§ 1. Die Schulpflichtigen haben die Bürgerschule zu der von der Schulkommission bestimmten Zeit fleissig und pünktlich zu besuchen.

Der Lehrer führt hierüber die vom Erziehungsrate vorgeschriebenen Schultabellen.

Kein Schüler darf ohne wichtige Ursache aus der Schule wegbleiben. Eltern, Pflegeeltern und Arbeitgeber sind für die ihnen unterstellten Schulpflichtigen verantwortlich.

Behufs genauer Kontrollirung der Absenzen wird jede derselben, sofern sie dem Lehrer nicht schon zum voraus als genügend entschuldigt bekannt ist, den Eltern, beziehungsweise den Pflegeeltern oder dem Arbeitgeber des betreffenden Schülers durch ein gedrucktes Formular amtlich angezeigt. Die Eltern oder deren Stellvertreter haben dieses Formular entsprechend ausgefüllt und gehörig beantwortet dem Lehrer zurückzusenden.

Langt eine schriftliche Antwort entweder gar nicht oder in ungenügender Weise ein, so hat der Lehrer die betreffende Absenz als ungenügend zu notiren.

Als Entschuldigung gilt in der Regel nur ärztlich ausgewiesene Krankheit.

§ 2. Jede unentschuldigte Absenz zieht Fr. 1 Busse nach sich. Der Lehrer gibt hievon unter Vormerknahme an entsprechender Stelle der Schultabelle unverzüglich dem Schulpräsidenten zu handen des Einwohnerrates Kenntnis. Der letztere hat den Einzug der Busse anzuordnen.

Bleiben trotzdem Mahnungen des Schulpräsidenten ohne Erfolg, so hat der Einwohnerpräsident auf dessen Verlangen den polizeilichen Schulzwang anzuordnen.

Alle versäumten Stunden sind überdies nach Anweisung der Schulkommission in den Monaten April und Mai nachzuholen.

§ 3. Der Lehrer ist verpflichtet, einen Schüler, der sich grober Disziplinarfehler schuldig macht, z. B. sich gegen den Anstand, gegen den schuldigen Gehorsam u. s. w. verfehlt, dem Einwohnerrat schriftlich anzuzeigen. Der Einwohnerrat hat den Fehlbaren mit Geldbusse bis auf Fr. 10 oder entsprechendem Arrest zu bestrafen.

§ 4. Wer mutwillig Schulmobiliar oder Lehrmittel beschädigt, wird vom Einwohnerrate zum Schadenersatze verhalten und ausserdem gemäss § 3 disziplinarisch gebüsst.

§ 5. Zu spätes Erscheinen in der Schule zieht Geldbusse von 50 Rp. bis Fr. 1 nach sich.

Der Lehrer macht von der ausgesprochenen Busse zum Zwecke des Einzuges unverzüglich dem Einwohnerrate schriftlich Anzeige.

§ 6. Im Schulhaus ist das Rauchen untersagt.

§ 7. Die Bürgerschüler haben sich auf dem Schulwege anständig aufzuführen, sowie allen Lärm und Unfug zu vermeiden. Unmittelbar vor und nach der Bürgerschule ist ihnen der Wirtshausbesuch verboten.

§ 8. Die den §§ 6 und 7 Zuwiderhandelnden werden vom Einwohnerrate zur Verantwortung gezogen. Sie sind eventuell mit Geldbusse bis auf Fr. 25 oder mit Arrest bis auf 5 Tage zu bestrafen.

§ 9. Schüler, welche von der vorgeschriebenen Schlussprüfung unentschuldigt wegbleiben oder die Gemeinde, bezw. den Kanton vor Beendigung des Kurses ohne Abmeldung beim Lehrer verlassen, werden nach Anleitung von § 3 der Disziplinarverordnung gebüsst. Sie sind überdies mit den entschuldigt Weggebliebenen von der Schulkommission zu einer besondern Prüfung einzuberufen.

§ 10. Jünglinge, welche die Bürgerschule überhaupt ausgehen oder am Wiederholungskurse keinen Anteil nehmen, sind im erstern Falle durch den Einwohnerrat, im letztern durch die Militärdirektion zu büssen und zwar je mit Arrest bis auf 8 Tage.

Im einten wie andern Falle sind die Fehlbaren zum Nachholen des versäumten Unterrichtes zu verhalten. Die diesfälligen Anordnungen werden von den betreffenden Schulkommissionen, bezw. der Militärdirektion getroffen.

§ 11. Gehen die Geldbussen innert bestimmter Frist nicht ein, so sind selbe in entsprechende Arreststrafe umzuwandeln.

§ 12. Diese Disziplinarordnung tritt mit dem 1. November 1899 in Kraft. Sie ist dem Amtsblatte beizulegen und in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

---

32. 3. Lehrplan für die Bürgerschule des Kantons Zug. (Vom 19. Oktober 1899.)

Der Erziehungsrat erlässt für die Bürgerschule nachfolgenden Lehrplan.

I. Allgemeines.

§ 1. Die Unterrichtsfächer sind:

1. Lesen, mündliche Wiedergabe des Gelesenen und Aufsatz.
2. Praktisches Rechnen, mündlich und schriftlich, sowie einfache Buchführung.
3. Vaterlands- und Verfassungskunde.

Die naturkundliche, volkswirtschaftliche und gewerbliche Bildung soll, so viel als möglich, durch den Leseunterricht vermittelt und gefördert werden.

§ 2. Die Schüler der Bürgerschule sind in der Regel in zwei Abteilungen zu unterrichten. Diese werden unter Mitwirkung und Kontrolle der Schulkomission gebildet.

§ 3. Der Unterricht hat sich in allen Teilen an das praktisch Notwendige und Nützliche zu halten. Lehrmethode und Lehrsprache sind der Altersstufe der Schüler sorgfältig anzupassen.

Der Unterricht ist so zu erteilen, dass er das Interesse der Schüler wachruft und dauernd zu erhalten vermag.

§ 4. Die allgemeinen Lehrmittel der Gemeindeschulen stehen der Bürgerschule ebenfalls zur Verfügung.

§ 5. Hauptsache des Unterrichts ist sicheres Wissen. Es ist daher weniger auf Mannigfaltigkeit des Stoffes, als auf Sicherheit und Gründlichkeit zu halten.

§ 6. Die Schüler sollen angehalten werden, selbständig, laut, deutlich und in ganzen Sätzen zu antworten. Beim schriftlichen Rechnen und in der Buchführung ist besonders auch auf eine richtige Anordnung der Zahlen, desgleichen darauf zu halten, dass die Rechnungsaufgaben in übersichtlicher Darstellung ihre Lösung finden.

Sogenannte Reinhefte sind keine zu führen. Dagegen ist überall auf Sauberkeit der Hefte und auf eine schöne Schrift namentlich Gewicht zu legen.

II. Behandlung und Verteilung des Unterrichtsstoffes.

§ 7. — *Lesen und Aufsatz.* (Wöchentlich 1 Stunde.)

a. Das Lesen wird in der ersten Abteilung als Unterrichtsfach um seiner selbst willen noch besonders geübt. Hauptsache ist das richtige Verständnis des Gelesenen. Dazu dient die mündliche Wiedergabe desselben, verbunden mit den nötigen Fragen und Erklärungen.

Lesestoff: Darstellungen aus der Vaterlands-, Natur-, Volkswirtschafts- und Gewerbekunde; vaterländische Gedichte und Volkslieder.

b. Der Aufsatz schliesse ans Leben an und werde, so viel als die Zeit es gestattet, in der Schule ausgearbeitet. Alle Aufsätze sind zu korrigiren und wesentliche Verstösse zu besprechen.

Untere Abteilung: Leichtere Aufsätze und Briefe geschäftlicher und nicht geschäftlicher Art, Anzeigen, Bestellungen, Anfragen, Rechnungen, Quittungen u. s. w.

Obere Abteilung: Schwerere Aufsätze und Briefe, Geschäftsbriefe, Zeugnisse, Vollmachten, Schuldscheine und einfache Verträge, Schreiben an Beamte und Behörden, Berichte u. s. w.

§ 8. — *Praktisches Rechnen und einfache Buchführung.* (Wöchentlich 1 Stunde.)

Untere Abteilung: Kopf- und Zifferrechnen als Wiederholung und Fortsetzung der Rechnungsoperationen in ganzen und gebrochenen Zahlen (gewöhnliche und Dezimalzahlen). Einfacher Dreisatz, Zinsrechnungen; leichte Flächenberechnungen. Das Notwendigste einer einfachen Buchführung.

Obere Abteilung: Fortsetzung der Rechnungsoperationen. — Anwendung derselben bei Zins-, Ertrags-, Kosten-, Flächen- und Körperrechnungen. Einfache Buchhaltung. (Kassabuch. Verkehrs- und Bestandrechnung. Inventarien.)

§ 9. — *Vaterlands- und Verfassungskunde.* (Wöchentlich 1 Stunde.)

Diesem Unterrichte haben Karten und auch andere Veranschaulichungsmittel zu dienen.

Untere Abteilung.

a. Politische und physikalische Beschaffenheit der Schweiz: Lage, Grenze, Grösse, Haupt- und Nebenflüsse, Seen, Berge, Thäler, Bergketten, Berggruppen, Bergstrassen und Hauptorte.

b. Bildung der Eidgenossenschaft, der acht alten Orte und der dreizehn Orte nebst den Freiheitskämpfen.

c. Organisation des Staatswesens: Die Behörden in der Gemeinde, im Kantone und im Bunde.

Die Pflichten und Leistungen des Staates: Militärwesen, Erziehungs- und Unterrichtswesen, Bauwesen (Strassen-, Wasser- und Hochbauten), Gesundheitspflege (Krankenhäuser), Polizeiwesen, Rechtspflege, Forst- und Landwirtschaftswesen, Verkehrswesen (Post, Eisenbahn, Telegraph, Telephon).

Obere Abteilung:

a. Die Kantone, ihre wichtigsten Orte, Bewohner, Sprachverhältnisse, Beschäftigung, religiösen Bekenntnisse; die klimatischen Verhältnisse, die Verkehrslinien und Absatzgebiete.

b. Die Grundzüge der Helvetik, Mediation und Restauration; Bundesverfassung. Geschichtliche Entwicklung des Heimatkantons; Grundzüge der Verfassung.

c. Die Pflichten und Leistungen des Staates (Fortsetzung). Armenwesen, Vormundschaftswesen, Zivilstandswesen, Kultuswesen, Hypothekarwesen, Finanzwesen, Landwirtschaft, Gewerbswesen, Wirtschaftswesen, Feuerpolizeiwesen, Staatseinkünfte und ihre Verwendung (Voranschlag).

Die Rechte und Pflichten der Bürger: Freiheit der Person und ihrer Handlungen (persönliche Verantwortlichkeit), Schutz des Eigentums, Stimm- und Wahlrecht, Vereinsrecht, Petitionsrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Pressfreiheit, Niederlassungsrecht, Militärpflicht, Gehorsam gegen die Gesetze, Volksrechte.

Vorstehender Lehrplan tritt sofort in Kraft.

---

33. 4. **Zirkular der Landesschulkommission von Appenzell A.-Rh. an die tit. Schulkommissionen betreffend Buchhaltung für Lehrlinge.** (Vom 25. April 1899.)

Der Vorstand des kantonalen Handwerker- und Gewerbevereins hat in der Erwägung, dass kein Handwerker und Gewerbetreibender im praktischen Leben wenigstens der wichtigsten Kenntnisse in einfacher Buchhaltung entraten kann, im Einverständnis mit der kantonalen Lehrlingsprüfungskommission beschlossen, es sei das Fach „einfache Buchhaltung" für alle sich zur Lehrlingsprüfung anmeldenden Lehrlinge obligatorisch zu erklären und es sei demgemäss die Schulprüfung auch auf dieses Fach auszudehnen.

Da wir den Erwägungen obgenannten Vereins nur beipflichten können und demgemäss seine Beschlussfassung lebhaft unterstützen, gelangen wir auf Ansuchen des kantonalen Handwerker- und Gewerbevereins mit dem Gesuche an Sie, Sie möchten, soweit es nicht bereits geschehen ist, auch die einfache Buchhaltung für die zur Lehrlingsprüfung abgehenden Jünglinge in ihren Fortbildungsschulen aufnehmen.

---

34. 5. **Kreisschreiben der Landesschulkommission von Appenzell I.-Rh. an sämtliche Ortsschulräte und Lehrer des Kantons Appenzell I.-Rh. betreffend Weg- und Zuzug von Fortbildungsschülern.** (Vom 11. November 1899.)

Der Ortsschulrat von Appenzell macht mit Recht auf die Tatsache aufmerksam, dass für die Fortbildungsschulen das Meldewesen über Weg- und Zuzug der Schüler zwischen den verschiedenen Schulen zu wenig organisirt sei. Bei dem namentlich im innern Landesteil häufig vorkommenden Hin- und Herzug der Schüler vom einen Schulkreise in den andern ist die Möglichkeit im weitesten Sinne des Wortes allerdings gegeben, dass bei einem mangelhaften Meldewesen Schulpflichtige dem Besuche der Fortbildungsschule auf längere Zeit entschlüpfen können.

Die Landesschulkommission hat diesen Gegenstand in ernstliche Erdauerung gezogen und die Anregung als vollständig begründet erachtend beschlossen:

1. Jeder Fortbildungsschüler ist pflichtig, bei allfälligem Weggange dem Lehrer Anzeige zu machen, und hat dieser dem Lehrer des neuen Schulkreises sofort den Schulausweis einzusenden.

2. Der Lehrer des neuen Wohnortes hat dem Lehrer des frühern Wohnortes in einem Rückschein vom Schuleintritte des Neulings Kenntnis zu geben.

3. Infolge Überzuges darf nicht mehr als eine Schule versäumt werden.

4. Die Lehrer haben die Schüler auf diese Vorschriften aufmerksam zu machen und sind die Ortsschulräte eingeladen, die genaue Ausführung derselben zu überwachen und allfällige Fehlbare zur Verantwortung zu ziehen.

Wir ersuchen Sie nachdrucksamst, auf genaue Handhabung obiger Verfügungen der Landesschulkommission Ihr Augenmerk zu richten.

---

35. 6. Kreisschreiben an die Primar- und Sekundarschulräte des Kantons St. Gallen betreffend Gründung von Töchterfortbildungsschulen. (Vom 9. Dezember 1899.)

In den sozialen Verhältnissen der Gegenwart, welche die Töchter vielfach den häuslichen Arbeiten entziehen und auf die Beschäftigung in der Fabrik anweisen, drängt sich in steigendem Masse die Erkenntnis auf, dass, wenn die Töchter nicht ihrem natürlichen Lebenskreis entfremdet werden sollen, die Schule in den Riss treten und sie für die im Hause vorkommenden Arbeiten vorbereiten muss. Deshalb gebührt dem Unterricht in der Haushaltungskunde eine vermehrte Pflege.

Für unsere Arbeitsschulen ist das genannte Unterrichtsfach zwar auf dem Programm; aber in jenen Gemeinden, wo der weiblichen Handarbeit ein einziger Wochenhalbtag zur Verfügung steht, fehlt es beim besten Willen an der nötigen Zeit für hauswirtschaftliche Belehrungen. Zudem bringen die Mädchen im primarschulpflichtigen Alter der „Haushaltungskunde" noch nicht das volle Interesse und Verständnis entgegen. Endlich ist die Zumutung an die Primarschule, den beruflichen Verhältnissen der Schüler einen entscheidenden Einfluss zu gestatten, übertrieben, weil sie über das Mass des Möglichen hinausgeht. Deshalb wächst das Bedürfnis nach Gründung von Töchterfortbildungsschulen und der Staat anerkennt es, indem er auch diesen seine finanzielle Unterstützung gewährt.

Den Knabenfortbildungsschulen hat man längst allseitig grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist aber nicht einzusehen, warum nur die Söhne über die Primarschule hinaus für das praktische Leben vorbereitet werden sollen. Die zukünftige Stellung der Tochter als Hausfrau und Mutter ist nicht weniger wichtig als der Pflichtenkreis des Mannes und bedarf deshalb ebenso einer geordneten Vorschule. Gestützt auf diese Erwägungen empfehlen wir den Schulräten angelegentlich die Gründung von Töchterfortbildungsschulen.

Damit aber sowohl in diesen Fortbildungskursen als auch in jenen Arbeitsschulen, in denen man die nötige Zeit findet, in das Unterrichtsfach der Haushaltungskunde Plan und Einheit komme, erscheint die Verwendung eines Lehrbüchleins wünschenswert. Es wird auch als Ersatz für das zeitraubende Diktat recht gute Dienste tun. Ein dafür geeignetes Schriftchen ist die „Haushaltungskunde" von A. Winistörfer-Ruepp von Sarmenstorf, Oberarbeitslehrerin des Bezirks Bremgarten im Kanton Aargau. Es behandelt in 5 Heftchen folgende 5 Kapitel: 1. Haushaltungskunde (im allgemeinen); 2. Besorgung der Räume des Hauses, der Wäsche und der Kleider; 3. Kranken- und Kinderpflege; 4. Gartenbau; 5. Warenkunde. Die Hefte können einzeln bezogen werden, Heft II zu 30 Rp., die übrigen zu je 20 Rp., alle 5 Hefte zusammen in einem steifbroschirten Bändchen zu Fr. 1. 20. Bei grösseren Bezügen tritt eine Preisermässigung von 10 % ein.

Leider lässt das Lehrmittelkonto des Staates z. Z. eine höhere Belastung nicht zu. Es werden deshalb die Schulbehörden ermuntert, das genannte Schriftchen entweder auf Rechnung der Schulkasse oder gegen Bezahlung von seite der Schülerinnen in ihren Fortbildungs-, eventuell auch in Arbeitsschulen einzuführen. Die Bestellung wird vorläufig durch die Erziehungsratskanzlei vermittelt.

Wir hoffen, dass unsere Anregung nicht erfolglos sein werde und dass die Schulbehörden, das Interesse des Familienlebens wahrnehmend, der Haushaltungskunde im Schulorganismus die Stelle einräumen werden, die ihr gebührt.

---

36. 7. **Beschluss des Grossen Rates von Graubünden betreffend freiwillige Fortbildungsschulen für Mädchen.** (Vom 16. Mai 1899.)

1. Der Grosse Rat eröffnet zur Unterstützung freiwilliger Fortbildungsschulen für Mädchen einen Kredit, welcher jeweilen auf dem Wege der Budgetberatung festgesetzt wird.

2. Aus diesem Kredit sollen solche Fortbildungsschulen unterstützt werden, die sich unmittelbar an den weiblichen Handarbeitsunterricht der Primarschule anschliessen und sowohl die Wiederholung und Erhaltung des Erlernten, als eine weitere Ausbildung in den Handarbeiten und eventuell auch in der Koch- und Haushaltungskunde ins Auge fassen.

3. Weitere Erfordernisse sind, dass die Schulen von Gemeinde oder Gemeindefraktionen eingerichtet, mindestens von 5 der Primarschule entwachsenen Schülerinnen besucht werden, dass sie mindestens 20 Wochen dauern und dass der Unterricht an einem oder zwei Nachmittagen und zwar mit je drei Unterrichtsstunden erteilt werde.

4. Der kantonale Beitrag beträgt, je nachdem ein oder zwei Nachmittage der Schule gewidmet werden, Fr. 30—60.

Weitere Ausführungsbestimmungen bleiben dem Kleinen Rate vorbehalten.

---

37. 8. **Kreisschreiben des Erziehungsdepartements des Kantons Thurgau an die Aufsichtskommissionen der freiwilligen Fortbildungsschulen betreffend den Sonntagsunterricht.** (Vom 18. April 1899.)

Die Ausführung der den Sonntagsunterricht einschränkenden Bestimmung des § 2 der Verordnung betreffend die freiwilligen Fortbildungsschulen vom 13. Oktober 1893 hat bis jetzt kein befriedigendes Resultat herbeigeführt, indem der Unterricht immer noch zu einem wesentlichen Teile Sonntagsunterricht geblieben ist und namentlich die Forderung, dass die Teilnehmer nicht am Besuche des Gottesdienstes gehindert sein sollen, nur ungenügende Berücksichtigung fand. Ausser andern Kundgebungen, welche den Ausschluss des sonntäglichen Unterrichts bezweckten, ist kürzlich auch im Grossen Rate eine hierauf zielende Anregung gemacht worden.

Der Regierungsrat hält den völligen Ausschluss des Sonntagsunterrichtes ebenfalls als wünschbar, glaubt aber zur Zeit von demselben noch absehen zu sollen, da er an einzelnen Orten nicht ohne grosse Beeinträchtigung der Fortbildungsschulen durchzuführen wäre, namentlich im Hinblick auf die Lehrkräfte. Dagegen soll wenigstens auf strikte Befolgung der jetzt geltenden Bestimmungen gehalten werden, was nur erreicht werden kann, wenn der Sonntagsunterricht der Stundenzahl nach so beschränkt wird, dass die Zeit des Gottesdienstes wirklich frei bleibt.

Es darf der Unterricht am Sonntag Vormittag nicht mehr über zwei Stunden hinaus ausgedehnt werden, und diese zwei Unterrichtsstunden sollen in der Regel zusammenhängend (nicht durch den Gottesdienst unterbrochen) stattfinden.

Es wird auch bei dieser Einschränkung in paritätischen Gemeinden die volle Berücksichtigung des Gottesdienstes noch Schwierigkeiten machen und muss daher gewünscht werden, dass die Aufsichtskommissionen von sich aus darauf hinarbeiten, dass nach und nach der Sonntagsunterricht ganz entbehrlich wird. Andererseits darf gehofft werden, dass bei einer Beschränkung der betreffenden Zeichenkurse (es kommen wohl nur solche in Betracht) auf zwei sonntägliche Stunden der Ausfall durch intensive Benutzung der Zeit auch da annähernd ausgeglichen werde, wo es nicht möglich sein sollte, diese Unterrichtsstunden durch Werktagsstunden zu ergänzen. Der Sonntagsunterricht in weiblicher Handarbeit bleibt selbstverständlich nach wie vor gänzlich ausgeschlossen.

---

38. 9. Programme d'enseignement pour les cours complémentaires du canton de Vaud. (1899.)

CONSIDÉRATIONS GÉNÉRALES.

L'institution des cours complémentaires a pour but de préparer le jeune homme à remplir convenablement ses devoirs civiques et sociaux. Le programme d'études a été élaboré en vue de cette tâche spéciale; il s'adresse donc exclusivement aux jeunes gens de 16 à 19 ans qui doivent compléter leur instruction primaire et acquérir les connaissances exigées aux examens de recrues. Par suite de la libération accordée aux élèves des établissements supérieurs d'instruction et aux futurs citoyens dont les connaissances générales sont jugées suffisantes, on a dû circonscrire sensiblement l'étendue de la matière d'enseignement; il a fallu tenir compte aussi du temps limité consacré aux classes d'adultes. Sauf pour l'instruction civique, le programme des cours complémentaires ne dépasse guère celui de l'école primaire. Cependant le choix et l'arrangement de la matière sont ici quelque peu différents: un esprit de 18 ans ne pense et ne juge pas comme un écolier de 10 ans; le mode d'instruire doit être autre que celui de l'école primaire.

Le jeune homme devient une individualité, un caractère qui s'affirme progressivement. Non plus que l'enfant, il ne peut être comprimé, entravé dans l'essor de ses pensées et de ses sentiments. Si l'on a jugé utile de le faire suivre un certain nombre de leçons après l'âge scolaire proprement dit, cette contrainte ne doit pas avoir pour effet d'affaiblir sa personnalité et d'émousser ses facultés actives les plus nobles. Dans les cours complémentaires, l'enseignement ne sera donc pas un exposé didactique, une série de discours sur les matières du programme officiel. C'est surtout ici que la leçon doit être une conversation, un entretien mutuel que le maître dirige par d'habiles questions ou des développements intéressants. Et, sur ce point, qu'on se garde aussi de se perdre dans des détails en négligeant les traits essentiels; seuls ceux-ci constituent la matière à enseigner.

Si l'on veut réussir à développer chez nos jeunes gens l'initiative personnelle, l'habitude du libre examen, de la détermination claire et réfléchie, il faut une éducation qui les oblige à se prononcer, à prendre parti, à justifier leur mode d'agir. Le maître se souviendra qu'il doit donner à la jeunesse „un enseignement vivant qui s'adresse moins à la mémoire qu'à la raison et au cœur [1]).“

Le programme des cours complémentaires a été divisé en trois parties ou cours en vue de faciliter son application dans les localités qui comprennent plusieurs classes. Le premier cours est celui qui convient aux élèves les moins avancés, du moins en ce qui concerne la langue maternelle et l'arithmétique. Les connaissances civiques n'ont pu être soumises à la même classification: dans ce domaine, la tâche a dû être répartie en tenant compte de l'ordre chronologique ou systématique des matières, plus que du degré de difficulté. Il serait désirable que les jeunes gens eussent l'occasion de parcourir chaque année un seul cours, faisant suite à celui de l'année précédente; malheureusement cela sera rarement possible. Toutefois, on ne saurait trop insister sur l'inconvénient

[1]) Numa Droz.

qu'il y a, sous prétexte de répétition, de vouloir passer en revue une trop grande quantité de connaissances dans une même année; il faut se souvenir que la capacité intellectuelle de la jeunesse est limitée, et que l'acquisition du savoir dépend beaucoup du temps qui y est consacré.

La division du programme en trois cours ne correspond donc pas nécessairement aux trois années de fréquentation. Si, conformément aux dispositions de l'article 198 du règlement pour les écoles primaires, les jeunes gens sont répartis en divisions ou séries d'enseignement, suivant leur degré d'instruction, il sera nécessaire d'établir une rotation qui permette à chacun de parcourir, au moins une fois en trois ans, toutes les parties du programme. On pourra passer très rapidement sur les questions connues et s'arrêter plus longtemps sur celles qui n'ont pas été suffisamment étudiées à l'école primaire. Les maîtres auront soin de présenter les choses sous un jour qui les fasse agréer des intelligences déjà mûries. Une sérieuse préparation personnelle, une bonne discipline morale, le secours de moyens d'enseignement bien choisis assureront, il faut l'espérer, d'heureux résultats.

Langue française.

Cet enseignement doit compléter celui que l'élève a reçu à l'école primaire; il a pour but de préparer le jeune homme à la vie active et sociale en lui permettant de cultiver et de perfectionner sa langue maternelle par un exercice fréquent et intelligent.

Toutes les leçons peuvent contribuer à ce résultat, mais plus particulièrement celles de rédaction et de lecture. Les exercices proprement dits d'élocution sont essentiellement des comptes rendus de lectures faites en commun ou en particulier, l'exposé ou le résumé d'un sujet d'histoire ou de géographie.

Le maître aura soin d'habituer les jeunes gens à s'exprimer toujours correctement; il relèvera avec bienveillance les fautes de langage. Il se gardera de parler lui-même, car il enlèverait ainsi à ses élèves les rares occasions qu'ils ont de s'exercer au discours suivi.

L'enseignement de la composition se rattache étroitement à la lecture qui lui fournit ses principaux matériaux et ses meilleurs modèles. Au jeune citoyen constamment embarrassé pour écrire une simple lettre, rédiger une proposition, élaborer un rapport, on présentera des textes à imiter ou à reproduire; par de multiples exercices, l'élève sera mis au courant du style épistolaire, dont la connaissance est indispensable à chacun. Outre les rédactions usuelles, les descriptions et les narrations ont leur utilité et leur intérêt: elles exercent beaucoup l'observation, l'imagination et le jugement.

S'il y a souvent nécessité et avantage à faire rédiger une composition séance tenante, il n'est pas possible, pour les sujets qui réclament de la réflexion ou des connaissances spéciales, d'obtenir une bonne rédaction immédiate; il est préférable d'indiquer aux élèves quelques jours avant le sujet à traiter; le travail définitif se fera néanmoins en classe. En général, les sujets de composition seront préparés, esquissés en commun: cette étude préliminaire provoquera l'habitude de la discussion, stimulera les faibles, développera l'esprit d'initiative qui fait souvent défaut chez nous.

La correction des travaux écrits est une partie importante de l'enseignement: le plus ou moins de soin qu'on y apporte influe directement sur les résultats. Il faut exiger que les élèves tiennent compte des observations écrites dans leurs cahiers; les travaux mal soignés doivent être refaits. Le maître fera lire par leurs auteurs les meilleures rédactions.

La lecture à l'école complémentaire est certainement la branche d'études qui, bien dirigée, contribuera le plus à augmenter et à affermir les connaissances générales de nos jeunes gens. Il va sans dire qu'il ne faut faire lire que des morceaux intéressants et à la portée des élèves. On sait aussi qu'il ne suffit pas que le lecteur reproduise un texte avec plus ou moins de fidélité et d'expression; l'essentiel est ici l'acquisition du fond et l'intelligence de la forme. L'élève sera invité à faire l'analyse du contenu d'un morceau et à rechercher le plan suivi par l'auteur.

Les remarques relatives à la forme, les observations grammaticales et orthographiques, quoique moins importantes, ont aussi leur raison d'être; elles sont d'une grande utilité pour la rédaction. Les règles de l'art d'écrire ressortiront directement des qualités relevées dans les morceaux de lecture bien choisis et analysés avec intelligence.

Premier cours.

Elocution et rédaction. — Comptes rendus oraux et écrits de morceaux lus ou de récits faits en classe.

Rédaction de sujets géographiques et historiques, anecdotes, traits divers.

Billets simples. Lettres particulières.

Lecture. — Lecture courante de morceaux choisis autant que possible en rapport avec les leçons d'histoire et de géographie. Etude et compte rendu du morceau avec indication des idées principales.

Quelques remarques très brèves sur certains cas de grammaire, d'orthographe et de ponctuation.

Deuxième cours.

Elocution et rédaction. — Choix de sujets historiques et géographiques analysés et traités avec l'aide du maître. Description de localités et de contrées connues. Compte-rendu de phénomènes observés. — Lettres usuelles.

Lecture. — Morceaux géographiques, biographiques, historiques. Quelques poésies patriotiques.

Compte rendu et analyse du morceau lu: idées essentielles et secondaires. Quelques remarques au point de vue du style, de l'orthographe et de la ponctuation.

Troisième cours.

Elocution et rédaction. — Entretien sur un sujet d'ordre économique, historique ou moral.

Lettres d'affaires et quelques exemples de lettres officielles. Rédaction d'actes usuels: baux, conventions, reçus, certificats, procès-verbaux. Rapport sur une mission spéciale.

Lecture. — Lectures historiques, géographiques, littéraires, poétiques.

Analyse au point de vue du fond et de la forme. Quelques remarques grammaticales et orthographiques. Ponctuation.

Arithmétique.

A. Calcul oral.

L'étude du calcul oral se fera en même temps que celle du calcul écrit et portera sur tous les objets de ce programme.

Il est recommandé aux maîtres d'initier les élèves aux divers procédés raisonnés que le calcul mental met spécialement en pratique, et de les exercer sur des séries de problèmes analogues à celles données dans les examens de recrues.

B. Calcul écrit.

L'enseignement de l'arithmétique aura pour but de familiariser les jeunes gens avec les applications des connaissances pratiques. Donc:

1⁰ Peu de théorie, mais surtout des directions pratiques.

2⁰ Faire comprendre que les méthodes et procédés employés pour résoudre une question ne sont pas toujours les mêmes pour le calcul écrit et pour le calcul oral. L'étude pratique des rapports des nombres joue ici un rôle important.

3⁰ On évitera dès l'abord les questions trop difficiles qui découragent les élèves.

4° D'autre part, il faut rester dans l'*usuel*. Les jeunes gens aiment en fait de calcul ce qui est pratique; ils sont intéressés par des questions d'une application immédiate et en rapport avec leurs occupations ou leur genre de vie.

5° Les élèves établiront avec soin les solutions des problèmes dans leur cahier. Chaque problème type sera l'objet d'explications se rapportant à toutes les questions du même genre.

Premier cours.

Les quatre opérations sur les nombres entiers et décimaux. Système métrique : mesures de longueur et de surface. Echelles de réduction. Calcul des principales surfaces rectilignes: carré, rectangle, triangle, parallélogramme, trapèze.

Deuxième cours.

Fractions ordinaires: les quatre opérations avec les fractions les plus usitées. — Recherche de l'intérêt, problèmes simples. Calcul du % et du ‰.

Système métrique : mesures de volume, de capacité et de poids.

Calcul de quelques volumes et de quelques surfaces: cube, parallélipipède, prismes. — Polygone régulier. Cercle. Cylindre.

Troisième cours.

Réduction à l'unité. Règles d'intérêt et d'escompte: recherche de l'intérêt, du capital, du taux et du temps. Calcul du % appliqué aux escomptes, gains et pertes, cotes d'impôt, primes d'assurances, commissions etc. — Questions de change. Règles de société et de partage (quelques cas les plus simples). Mélanges et alliages (calcul du prix moyen). Problèmes sur la densité. Etude de la pyramide et du cône.

Géographie.

(Etude de la Suisse.)

Aujourd'hui, on exige que le jeune homme connaisse en géographie le plus de noms possible et qu'il sache les placer exactement sur la carte. Cela n'implique pas, toutefois, l'élimination de détails intéressants dans l'enseignement de cette branche.

Le maître fera usage de la grande carte murale; les élèves devront posséder la carte parlante.

On se servira aussi de la carte muette en usage aux examens de recrues, afin d'habituer les jeunes gens à s'y reconnaître.

Il est expressément recommandé aux maîtres de vouer un soin spécial à l'étude des passages, avec indication des vallées qu'ils mettent en communication.

Premier cours.

Etude sommaire de la „Partie générale" désignée ci-dessous et étude complète des cantons de: Uri, Schwytz, Unterwald, Lucerne, Zurich, Glaris, Zoug, et Berne.

Deuxième cours.

Répétition plus détaillée de la „Partie générale" et étude complète des cantons de: Soleure, Fribourg, Bâle, Schaffhouse, Appenzell, St-Gall et Grisons.

Troisième cours.

Révision complète et raisonnée de la „Partie générale". Etude également complète des cantons de Vaud, Argovie, Thurgovie, Tessin, Valais, Genève et Neuchâtel.

Partie générale.

1. Situation de la Suisse et pays limitrophes. — 2. Ligne de partage des eaux et bassins fluviaux. — 3. Division en régions. — 4. Caractère géologique

de chacune des régions. — 5. Devise et armoiries de la Suisse. — 6. Les 22 cantons: cantons situés dans une seule région; cantons situés dans plusieurs régions. — 7. Principales ramifications des Alpes; altitude de quelques sommités et routes alpestres. — 8. Importations et exportations; voies de communication. — 9. Voies internationales, ferrées et autres. — 10. Climat, flore, faune; produits minéraux et végétaux. — 11. Occupations des habitants des Alpes, du Jura et du Plateau. — 12. Commerce, industrie et instruction.

L'étude complète de chaque canton portera sur les points suivants: 1. Sa situation. — 2. Cantons ou pays limitrophes. — 3. Cours d'eaux, lacs, vallées. — 4. Chaînes de montagnes et sommités principales. — 5. Passages, avec indication des vallées qu'ils relient. — 6. Chef-lieux et localités les plus importantes; lieux historiques et célèbres. — 7. Population, occupations, langue et religion.

Histoire.

Les maîtres s'efforceront de présenter l'histoire sous une forme simple, sobre de détails, de manière à donner aux élèves des connaissances claires et précises. Ils insisteront particulièrement sur l'enchaînement des faits.

Les dates indiquées dans le programme seront soigneusement étudiées et répétées fréquemment; on insistera surtout sur celles qui sont imprimées en chiffres gras.

Après l'étude de chaque période, on établira en commun des vues d'ensemble; cette récapitulation sera dirigée par le maître.

Ces vues d'ensemble, en présentant l'histoire dans ses grandes lignes, faciliteront la mémoire et seront une utile répétition des matières apprises.

L'étude de cette branche se fera avec l'aide de la carte sous forme de leçons courtes et claires, suivies de questions et de comptes rendus. Les longs exposés qui laissent les élèves passifs seront soigneusement évités.

On pourra aussi faire appel aux connaissances des élèves en les invitant, au moyen de questions, à reconstituer les faits étudiés à l'école primaire; ils seront fréquemment interrogés.

Premier cours.

Période antérieure à 1291.

A étudier très sommairement:

Temps primitifs. — Les premiers habitants.

Les Helvètes. — Première émigration. — 2e émigration, bataille de Bibracte.

Domination romaine. — Cæcina 69 ap. J.-C.

Epoque germanique. — Les Allamans. — Les Burgondes. — L'Helvétie sous la domination franque 534. — Les missionnaires irlandais. — Charlemagne 800.

Epoque féodale. — Royaume de Bourgogne Transjurane 888—1032; la reine Berthe; Trève de Dieu.

Domination de l'Allemagne. — Fondation de Fribourg 1178 et de Berne 1191.

Pierre de Savoie 1268. — Rodolphe de Habsbourg 1291.

XIVe siècle. — Formation de la Confédération des huit anciens cantons.

1er août 1291. Luttes contre les ducs d'Autriche. Adolphe de Nassau et Albert d'Autriche. — Serment du Grutli; Guillaume Tell. — Expulsion des baillis 1308. Bataille du Morgarten et traité de Brunnen 1315. — Siège de Soleure 1318. Lucerne 4e Etat 1332; conjuration des manches rouges. Rodolphe Broun. Entrée de Zurich dans la Confédération 1351. Entrée de Glaris et Zoug 1352. Laupen 1339. Entrée de Berne 1353. Enguerrand de Coucy 1375. Roth sauve la ville de Soleure 1382.

Bataille de Sempach 1386. Bataille de Näfels 1388; convention de Sempach.

XVe siècle.

Guerres de l'Appenzell: Alliance avec les Confédérés.

Premières guerres d'Italie: Arbedo 1422. Expédition de Rysig.

Conquête de l'Argovie 1415.

Fondation des Ligues grisonnes (très sommairement).

Guerre de Zurich: Querelle au sujet du Toggenburg 1436. Bataille de St-Jaques sur la Sihl 1443. — Massacre de Greifensee. St-Jaques sur la Birse 1444.

Guerres de Bourgogne: Grandson et Morat 1476.

Giornico 1478. Diète et convenant de Stanz. Entrée de Fribourg et Soleure 1481. — Waldmann.

Deuxième cours.

Guerre de Souabe 1499.

Entrée de Bâle et Schaffhouse 1501 et Appenzell 1513. Guerres d'Italie: Marignan 1515.

XVIe siècle.

Réforme dans la Suisse allemande: Cappel 1531. — L'avoyer Wengi.

Réforme dans la Suisse romande: Les réformateurs: Farel, Viret, Calvin. Conquête du Pays de Vaud 1536. Escalade de Genève.

XVIIe siècle.

Reconnaissance de l'indépendance de la Suisse 1648. Guerre des Paysans 1653. Première guerre de Villmergen 1656.

XVIIIe siecle.

Deuxième guerre de Villmergen 1712. Davel 24 avril 1723. Henzi. Chenaux. Le 10 août 1792. F.-C. de la Harpe. Intervention française.

Chute de l'ancienne Confédération. Neueneck. Fraubrunnen. Grauholz. 1798.

Troisième cours.

Proclamation de l'Indépendance du Pays de Vaud, 24 janvier 1798.

République helvétique: Insurrection des Schwytzois. Insurrection du Nidwald 1798. Français, Autrichiens et Russes en Helvétie 1799. Unitaires et Fédéralistes; chute du gouvernement helvétique 1802.

Acte de Médiation 1803. Passage du St-Bernard 1800. Passage des alliés 1813. Abolition de l'acte de médiation, tentatives de restauration, l'influence de F.-C. de La Harpe et Jomini 1814.

Pacte fédéral de 1815. Troubles à Neuchâtel 1831 et à Bâle 1832. — Différend avec la France au sujet de Louis Napoléon 1838. — Révolution vaudoise 1845. — Sonderbund: Expédition des corps francs. — Dissolution du Sonderbund 1847; général Dufour. — Indépendance de Neuchâtel, 1er mars 1848. Affaire de Neuchâtel 1856. Question de Savoie 1859. — Occupation des frontières en 1866 et 1870—1871.

Instruction civique.

L'étude de l'instruction civique se proposera de compléter l'enseignement commencé à l'école primaire, de condenser et classer les connaissances précédemment acquises.

Dans ce but, chaque cours comprend une partie générale et une partie spéciale.

La partie générale, à laquelle on ne consacrera que peu de temps, est surtout destinée à développer les vertus civiques et à faire connaître aux élèves les droits et les devoirs qui découlent des constitutions fédérale et cantonale.

Cette partie du programme pourra être faite au moyen de lectures expliquées et commentées par le maître.

Elle ne sera pas traitée tout entière avant la partie spéciale, mais pourra être répartie sur toute la durée du cours.

La partie spéciale est essentiellement destinée à la préparation aux examens de recrues. La matière qui la compose sera présentée sous une forme simple et par des leçons courtes et claires, puis elle fera l'objet d'une étude soignée.

On visera surtout à donner une connaissance nette et précise des autorités fédérales, cantonales et communales.

Les élèves seront fréquemment interrogés.

Nota. — La partie générale de chaque cours est désignée sous lettre *a*; — la partie spéciale sous lettre *b*.

Premier cours.

a. Principes généraux: Sociabilité. L'Etat. Le Droit et le Devoir. — La loi. Devoirs généraux envers la patrie. — Diverses formes de gouvernement. La constitution et les pouvoirs.

b. Constitution fédérale. La souveraineté en Suisse. Compétence de la Confédération. Position des cantons envers la Confédération.

Droits constitutionnels des citoyens: soldat, électeur. — Droit de cité — à l'assistance — au mariage — d'établissement. Liberté de commerce et d'industrie — de conscience — de la presse et de pétition — d'association et de réunion. Egalité des droits civils.

Autorités fédérales et leurs principales attributions.

Services publics fédéraux. — Finances. — Armée.

Deuxième cours.

a. Etat politique du canton de Vaud. Territoire. — Acquisition et perte de la qualité de Vaudois. — Situation politique des Confédérés et des étrangers. — Droits constitutionnels: Liberté individuelle. — Inviolabilité de la propriété et du domicile. — Devoirs des citoyens. Impôts.

b. Exercice de la souveraineté (conditions pour être électeur). — Assemblées de commune. Assemblées de cercle. Modes de votation. — Devoirs des électeurs et des candidats. — Brigue. — Autoritées cantonales et leurs principales attributions. — Révision des autoritées fédérales.

Troisième cours.

a. Liberté. — Egalité. — Fraternité et Solidarité. — Relations diplomatiques. Droit des gens. — Convention de la Croix-Rouge. — La Suisse au point de vue international: Neutralité. — Droit d'asile.

b. La commune. Autorités communales: Conseil général et Conseil communal, leurs attributions. — Municipalité, ses attributions. Fonctions du syndic.

Révision:

Indication des principales autoritées: 1° de la commune; — 2° du cercle; — 3° du district; — 4° du canton; — 5° de la Confédération.

Leur mode de nomination et principales attributions.

IV. Sekundar- und Mittelschulen (Gymnasien, Seminarien etc.).

39. 1. Lehrmittelverzeichnis für die deutschen Mittelschulen des Kantons Bern. (Vom 12. Juni 1899.)

I. Religion.

	Fr. Cts.
Obligatorisches Lehrbuch für den Religionsunterricht in den Volksschulen des Kantons Bern. Verlag von W. Kaiser in Bern	1.—